



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter SPD**

Ergebnisse des Energiedialogs in Bayern ernst nehmen II – 10H-Regel als Problem anerkennen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der angekündigten Evaluation der 10H-Regelung den Fokus vor allem auf die Frage zu legen, wie die Akzeptanz von Windkraftanlagen bei den Bürgern gesteigert werden kann. Darüber hinaus soll eine Bewertung erfolgen, wie hoch die Potenziale für Windenergieanlagen bei bestimmten Abständen sind. In jedem Fall muss vermieden werden, dass durch die Evaluation die Abschaffung der 10H-Regelung zeitlich verschleppt wird. Daher ist diese – wie von der Arbeitsgruppe EE-Ausbau des Bayerischen Energiegipfels empfohlen – so schnell wie möglich sowie klar, transparent und unvoreingenommen durchzuführen.

Begründung:

Mit dem Festhalten an der 10H-Regelung kann weder das Ziel aus dem Koalitionsvertrag, so viel Energie wie möglich in Bayern zu produzieren, noch können die bundesweiten Klimaziele erreicht werden. Ein Hauptgrund für den massiven Einbruch des Ausbaus der Windenergie ist die 10H-Regelung – dies entspricht auch der Ansicht des weit überwiegenden Teils der Arbeitsgruppe EE-Ausbau des Bayerischen Energiegipfels.

Die Evaluation darf nicht aus wahltaktischen Gründen verschleppt werden, sondern muss schnellstmöglich – und noch vor der Kommunalwahl Mitte März 2020 – abgeschlossen werden. Um wirklich einen Mehrwert darstellen zu können, sollte die Evaluation vor allem einen Beitrag zur Steigerung der Bürgerakzeptanz bzgl. Windkraftanlagen leisten.